Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 14 (1994)
Heft: 27

Vorwort: Editorial
Autor: P.F.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Editorial

Remplissez vos prisons,
mais ouvrez vos marchés!

Le Monde dipl. 11/1984

Die Massenarbeitslosigkeit in den westeuropäischen Industrienationen hat eine Krise des wohlfahrtsstaatlichen Vollbeschäftigungskapitalismus eingeleitet, deren Folgen in der Sozialpolitik einschneidend sind. Die sozialstaatlichen Rechtsansprüche der Erwerbstätigen und SteuerzahlerInnen auf berufliche, materielle, physische und gesundheitliche Sicherheit werden infrage gestellt, die bestehenden Sicherheitslücken (Arbeitslose, Kranke, Alter) erweitern sich. Gefährdet scheinen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die Institutionalisierung der Sozialstaatlichkeit mit Blick auf sozialen Rechtsstaat und soziale Demokratie. Geschürt wird eine Ungewissheit, ob die Zukunft der sozialen Sicherheit zu garantieren sein wird.

Das nach dem Zweiten Weltkrieg sich durchsetzende wohlfahrtsstaatliche Modell, das auf wirtschaftlichem Wachstum, Massenloyalität und sozialer Integration beruhte, schien fortschrittsoptimistisch die Arbeitsfrage und soziale Frage „für ewig" gelöst zu haben. Mit dem Abbau der Lohnarbeit stellen sich grundsätzliche Fragen zu Perspektiven der lohnarbeitsfinanzierten Systeme der Sozialversicherung. Gleichzeitig erodiert der Basiskonsens der gesellschaftspolitischen Solidarität. Nicht nur sind die „Energien der arbeitsgesellschaftlichen Utopie", von der das Sozialstaatsprojekt zehrt, erschöpft; auch die Ressource Solidarität wurde unter dem strukturellen und kulturellen Wandel der letzten Jahre knapp und als zentrale politische Steuerungsleistung neben Geld und Macht enorm geschwächt. Zugleich ist aus der Krise der Industriegesellschaft und der technokratischen Modernisierung ein neues Bindungsgemisch entstanden: Gemeinschaftsbedürfnisse, Sozialbindungen und konkurrierende "Solidaritäten"; einigen davon sind Menschenrechte und humanitäre Ziele gleichgültig.

In diesem Jahr ist der anhaltende Verteilungskampf von einer „gigantischen ideologischen Offensive"(B.Cassen, Le Monde dipl. 2/94) der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände gegen den Sozialstaat begleitet. So deklarierte H.Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank auf dem Davoser Wirtschaftsforum, dass „der Abbau des Sozialstaats eine politische Aufgabe grossen politischen Mutes ist" (FAZ). Und in völkischer Diktion liess er neulich verlautbaren: „Die Sozialpolitik darf nicht zum Fremdkörper oder gar zum Sprengsatz der marktwirtschaftlichen Ordnung entarten und damit die ökonomischen Grundlagen der Zukunft gefährden." (FAZ, 1.6.94)

Statt mit Formeln wie „materielle Gleichheit" oder „soziale Gerechtig-

keit“ die „Anspruchs- und Hängemattenmentalität“ (NZZ) der linken Klientel zu fördern, seien, so die Industrieverbände, die Ordnungsprinzipien der Solidarität und Subsidiarität „wieder in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen“ (FAZ): Zu sichern sei allem voran die „Vermehrung des Sozialprodukts“, nicht so sehr die gerechte Verteilung des erarbeiteten; materiell abzusichern sei die Unterstützung im Falle absoluter individueller Bedürftigkeit, die „kleinen Risiken“ sollten in „eigene Verantwortung“ übernommen werden. Darin besteht für die Unternehmerseite „soziale Flankierung“ einer Wirtschaftspolitik, die den Standortwettbewerb auf dem Weltmarkt forciert und seit 1989/90 die Expansion der modernen Mafia (illegale Märkte, Drogen- und Waffenhandel) gewaltig stärkt - ganz im „Geist des Kapitalismus“ .

Während in Krisenzeiten die Schweizer Banken und Konzerne wiedermal Millionengewinne verzeichnen und die Schweizer Exporte zwischen 1990 und 1993 um 1,8 Prozent zugenommen haben, fordert P.Hasler vom Zentralverband der Arbeitgeber-Organisationen ein „Moratorium“ in der Sozialpolitik: Der Sozialstaat Schweiz sei nicht mehr finanzierbar, die Belastung der „Arbeit mit Sozialkosten” (NZZ) zu hoch.

Die neuen profitorientierten Akkumulationsstrategien der Firmen stellen nicht mehr primär auf Umsatzwachstum, Beschäftigungs- und Kaufkraftsicherung ab, sondern auf organisatorische Rationalisierung und Angebotspolitik; sie setzen vermehrt auf Sozialdumping, Lohndrückerei, auf Aushöhlung der Vertragssolidarität und der Sozialpartnerschaft sowie auf Individualisierung des Risikos: Leistung muss sich wieder lohnen ! Gesetzt wird auf die Allertüchtigsten, die „Leistungsträger“, die „Besserverdienenden“. Umworben werden von den bürgerlichen Parteien die inzwischen krisenanfälligen und privatverschuldeten Mittelschichten, die ohne Traditionen von Klassen- und Arbeitersolidarität im gesellschaftlichen Spaltungsprozess weiter auf den „gesunden“ Egoismus bauen, Besitzstände und Sozialprestige gegen den drohenden Wohlstandsverlust zu verteidigen haben. Denn sie vor allem stehen im Dienstleistungssektor unter dem Druck von neoliberalen Imperativen eines Konkurrenzmodells, durch dessen Hochleistungsmaschinerie der bürgerlicherseits so demonstrativ hochgehaltene „Gemeinsinn“, der „Bürgersinn“ und die „Personenwürde“ entwertet und pervertiert werden.

Die Krise des Wohlfahrtstaates und der sozialen Verantwortung wird seit längerem von einer Politik der Un-Sicherheit, der Angst und Panikmache überlagert. Bundesminister Kanthers „Europäischer Sicherheitsverbund“ und „Verbrecherbekämpfungsgesetze“ - der sozialliberale B.Hirsch spricht von „innenpolitischem Kriegsrecht” - sowie Bundesrat Kollers Programm „Aktion Innere Sicherheit 1994“ im Kampfe gegen „illegale Einwanderung“, „Drogen- und Ausländerkriminalität“ und „Verslumung“ der Städte appellieren an ein dumpfes „Sicherheitsgefühl“ in der Bevölkerung, das besonders volksnahe Politiker für “extrem bedroht” halten, was jedoch mit Kriminalitätsstatistiken rational nicht belegt werden kann. Vielmehr wird es von

kostspieligsten Sicherheitskampagnen und medialen Inszenierungen einer „Gesellschaft in fremder Gewalt"(Bild-Zeitung) geleitet und geprägt.

Wachgerufen wird der Wunsch nach Law and Order; es dominiert ein autoritäres Sicherheitsversprechen, das den weltweiten Teufelskreis von Arbeitslosigkeit, Armut, Krieg, Flucht und Kriminalität instrumentalisiert - und wirtschaftsliberale, konservative und rechtsradikale Kräfte zu einer rechtspopulistischen Sicherheits-Allianz vereint. Ihre europäische Festungsmentalität und ihr nationalistischer Sicherheitsdiskurs beginnen auf Gesetzesebene, so in der Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerpolitik, zu bestimmen, wer ausgegrenzt werden muss, um eine „innere Solidarität" gegen „Bedrohungen" von aussen herzustellen und die Grund- und Freiheitsrechte zu beschränken: Die Antiterrorgesetzgebung der 70er Jahre wird fortgeschrieben, der Ausbau der BügerInnen-Rechte torpediert, die Planung von Internierungs- und Ausschaffungsgefängnissen intensiviert. In der elektronisch gesicherten Kontrollgesellschaft ist im Gange, was St.Hall „Policing the Crisis" nennt: Gesellschaftliche Krisen werden der Justiz und den Sicherheitsapparaten überantwortet, und die sozialen Konflikte transformieren sich zugleich in moralische und symbolische Kreuzzüge gegen die Schwachen und Fremden.

Entpolitisiert werden die Arbeitsfrage und die soziale Frage, demagogisch politisiert wird die Sicherheitsfrage. Der starke Staat arbeitet gegen gesellschaftliche und soziale Solidarität. Und „im übrigen äussert sich der Staatsterrorismus keineswegs nur in Form brachialer Gewalt" (A. Künzli).

P.F.

Betr.: Finanzielle Unterstützung

Die Redaktion dankt den Mitgliedern des Fördervereins WIDERSPRUCH und all denjenigen, die mit ihren Spenden dazu beitragen, die notwendigste, wenn auch nicht hinreichende Finanzbasis des Zeitschriftenprojekts zu sichern. Dabei danken wir ganz besonders der Pro Helvetia für die finanzielle Unterstützung der seit 1992 herausgegebenen Hefte.